

1/SN-382/ME



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postfach 527, A-5010 Salzburg Fax (0662)8042-2160 Tx 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 28	-GE/19 94
Datum: 28. MRZ. 1994	
Verteilt 28. April 1994	

Dr. Margon

Chiemseehof

Zahl

(0662) 8042

Datum

0/1-512/88-1994

Nebenstelle 2982

26.4.1994

Fr. Dr. Margon

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979
und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 52.135/3-2/94

Zum obbezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger
Landesregierung folgende Stellungnahme bekannt:

Der Schutz der Schwangeren und stillenden Mütter vor schädlichen Einflüssen aller Art ist ein vorrangiges gesellschaftspolitisches Ziel. Die österreichischen Mutterschutzbestimmungen sind im internationalen Vergleich sicherlich vorbildlich und gehen auch über den Standard in den meisten EU-Ländern hinaus. Es sollte allerdings auch in diesem Bereich die Frage der Finanzierbarkeit nicht außer acht gelassen werden. Die zu treffenden Maßnahmen, insbesondere die Verpflichtung für den Arbeitgeber, Ruhemöglichkeiten für Schwangere und Stillende zu schaffen, wird sicherlich Mehrkosten verursachen. Die Höhe dieser Mehrkosten läßt sich derzeit jedoch nicht abschätzen.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird weiter zum Anlaß genommen, darauf zu verweisen, daß in Österreich für Selbständige keine Schutzvorschriften bestehen. Ein Beschäftigungsverbot vor und nach der Geburt besteht nicht. Das Ungleichgewicht von angestellten und selbständigen Müttern hinsichtlich der Schutzbestimmungen wäre zu hinterfragen.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Norfried Hueber
Landesamtsdirektor